

Öffentliches Protokoll Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 10.03.2026
Sitzungsbeginn:	19:03 Uhr
Sitzungsende:	20:44 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungsraum Vejen des Rathauses, Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Heidi Keck SPD

Mitglieder

Peter Ammer	WSI
Karin Blasius	Bündnis 90 / Die Grünen
Aysen Ciker	Bündnis 90 / Die Grünen
Dirk Klindtword	CDU
Frank Olsen	CDU
Friederike von Nobbe	Bündnis 90 / Die Grünen

Seniorenbeirat

Gisela Van Dühren Seniorenbeirat

Verwaltung

Sabrina Kölln	Verwaltung
Jens Saake	Verwaltung
Ralf Waßmann	Fachbereichsleitung

Abwesend

Mitglieder

Laurin Schwarz	SPD	entschuldigt
Matthias Schwarz	FDP	entschuldigt
Hendrik Thomascheski	CDU	entschuldigt
Bernhard Weidenbach	CDU	entschuldigt

Jugendbeirat

Mona Petri	Jugendbeirat	entschuldigt
Eileen Sophie Schult	Jugendbeirat	entschuldigt

Gäste:

0 Einwohner*innen

0 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2026
- 4 Jahresbericht 2025 Soziale Arbeit Fachstelle Wohnen MV/2026/003
- 5 Sachstandsbericht sozial geförderter Wohnungsbau und
Wohnungsvermittlung 2025 MV/2026/004
- 6 Bericht über Belegung von städtischen Unterkünften MV/2026/008
- 7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 7.1 Bericht der Verwaltung
- 7.1.1 Haushaltskonsolidierung
- 7.2 Aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 MV/2026/013
- 7.3 Öffentliche Anfragen

nichtöffentlicher Teil

- 8 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom
13.01.2026
- 9 Vertrag über die Fortführung der Sozialberatungsstelle in
Wedel BV/2026/013
- 10 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 10.1 Bericht der Verwaltung
- 10.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 11 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat stellt die Frage, ob Erfahrungen mit dem Taxiangebot in Wedel vorliegen und ob seitens der Stadt Einflussmöglichkeiten auf das Angebot bestehen.

Die WSI-Fraktion führt dazu aus, dass es sich bei dem Taxiangebot um privatwirtschaftliche Unternehmen handelt und daher keine direkten Einflussmöglichkeiten durch die Kommune bestehen.

Die CDU-Fraktion weist ergänzend darauf hin, dass grundsätzlich die Möglichkeit besteht, auf andere Taxiunternehmen auszuweichen oder ein Taxi aus umliegenden Orten vorzubestellen.

Die SPD-Fraktion regt an, dass der Seniorenbeirat zu diesem Thema Informationsbroschüren erstellt oder zusammenstellt, um insbesondere ältere Einwohnerinnen und Einwohner über bestehende Möglichkeiten und Alternativen zu informieren und sie bei der Nutzung von Taxiangeboten zu unterstützen.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2026

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

4 Jahresbericht 2025 Soziale Arbeit Fachstelle Wohnen

MV/2026/003

Frau Kölln stellt den Jahresbericht vor.

Sie berichtet über zunehmende Problematiken innerhalb der Unterkünfte, insbesondere durch Bewohnerinnen und Bewohner mit psychischen Erkrankungen. Es werde jedoch stets darauf geachtet, diese Personen im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten möglichst angemessen unterzubringen. Auch ältere Personen würden nach Möglichkeit in entsprechend geeignetere Unterkünfte umgesetzt.

Weiter berichtet Frau Kölln, dass Wohnungen in Wedel, die ihr angeboten werden, häufig eine höhere Miete verlangen als der im Kreis Pinneberg geltende Richtwert für Unter-

kunftskosten. Zudem befänden sich einige dieser Wohnungen in einem nicht zufriedenstellenden Zustand. Die Grünen-Fraktion merkt an, dass dieses System langfristig dazu führen könne, dass der Wohnungsmarkt insgesamt unter Druck gerät beziehungsweise nicht mehr tragfähig ist.

Die SPD-Fraktion erkundigt sich, ob Frau Kölln bei der Vermittlung von jüngeren alleinstehenden Männern als etwa Frauen mit Kindern feststellt. Frau Kölln bestätigt diese Erfahrung und ergänzt, dass die Mieten für Einzelzimmer teilweise noch höher seien als für andere Wohnungen, was eine Vermittlung zusätzlich erschwere.

Die Grünen-Fraktion erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Wohnraumqualifikationen. Frau Kölln berichtet, dass sich zu der letzten Maßnahme 15 Personen angemeldet hätten, letztlich jedoch nur zwei Personen zum eigentlichen Termin erschienen seien. Zukünftig solle die Maßnahme daher in die Integrationskurse integriert werden, um eine bessere Teilnahme zu erreichen.

Die CDU-Fraktion fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, bei länger leerstehenden Häusern Einfluss seitens der Stadt Wedel zu nehmen. Herr Waßmann sagt zu, dies intern zu prüfen.

Zudem wird fraktionsübergreifend der Wunsch geäußert, eine Unterkunft gemeinsam zu besichtigen.

Abschließend wird Frau Kölln für ihre Arbeit gedankt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

5 Sachstandsbericht sozial geförderter Wohnungsbau und Wohnungsvermittlung 2025

MV/2026/004

Herr Saake stellt den Bericht vor.

Aus Sicht der CDU-Fraktion sollte die Verwaltung die Möglichkeiten des sogenannten „Bauturbos“ umfassend ausschöpfen. Die Grünen-Fraktion entgegnet, dass die Verwaltung über zu wenige eigene Baugrundstücke verfüge, um auf diesem Weg größere Erfolge erzielen zu können. Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die entsprechende Richtlinie zum Bauturbo derzeit im Planungsausschuss beraten wird.

Zudem wird erfragt, inwieweit innerhalb der Verwaltung der Bedarf an Sozialwohnungen bekannt ist. Herr Waßmann erläutert, dass der Fachdienst Soziales diesen Bedarf im Rahmen von Beteiligungsverfahren bei Bauvorhaben regelmäßig einbringt.

Die CDU-Fraktion sieht die Quote von 30 % Sozialwohnungen bei Neubauten kritisch. Aus ihrer Sicht decke die Förderung durch das Land die tatsächlichen Kosten nicht vollständig ab, sodass eine Querfinanzierung über die übrigen Wohnungen erfolgen müsse. Dies könne wiederum zu steigenden Mietpreisen führen. Die Fraktion sieht daher eine Möglichkeit darin, eher ältere Bestandsgebäude als Sozialwohnungen auszuweisen, um zusätzlichen sozialen Wohnraum zu schaffen.

Herr Waßmann betont hingegen, dass die Quote von 30 % derzeit das einzige wirksame Instrument der Verwaltung sei, um Einfluss auf die Schaffung von Sozialwohnungen zu neh-



men. Andere Instrumente hätten in der Vergangenheit nicht die gewünschten Erfolge gebracht. Zudem seien aktuell entsprechende Fördermittel vorhanden, die von Investoren auch genutzt würden. Die SPD-Fraktion ergänzt, dass die Fördermöglichkeiten für Sozialwohnungen derzeit vergleichsweise gut seien und Investoren diese Chancen entsprechend erkannt hätten.

Die Grünen-Fraktion erkundigt sich, ob bei hohen Mieten das Wohngeld die Differenz zum Einkommen ausgleichen könne. Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass beim Wohngeld nicht jede Miethöhe anerkannt wird. Daher könne das Wohngeld trotz der jüngsten Gesetzesänderungen die Problematik nicht vollständig auffangen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6 Bericht über Belegung von städtischen Unterkünften

MV/2026/008

Herr Saake stellt den Bericht vor.

Aufgrund der derzeit geringeren Zuweisungszahlen konnten mehrere angemietete Wohnungen gekündigt werden. Gleichzeitig weist Herr Saake darauf hin, dass aufgrund des Zustands einiger bestehender Unterkünfte in den kommenden Jahren Neubauten unumgänglich sein werden.

Für das laufende Jahr ist vorgesehen, eine neue Unterkunft in der Rissener Straße zu übernehmen. Die Fraktionen bitten darum, diese Unterkunft vor dem Erstbezug im Rahmen einer Besichtigung in Augenschein nehmen zu können.

Herr Saake berichtet außerdem, dass ein Mitarbeiter die Fachstelle Wohnen auf eigenen Wunsch verlassen wird. Die frei werdende halbe Stelle soll zunächst nicht nachbesetzt werden, da durch Digitalisierung und Umstrukturierungen innerhalb des Sachgebiets Fachstelle Wohnen derzeit eine anderweitige Aufgabenerledigung möglich erscheint. Die Stelle wird jedoch weiterhin vorgehalten, um bei steigenden Zuweisungszahlen kurzfristig reagieren zu können.

Abschließend wird der Fachstelle Wohnen für ihre Arbeit gedankt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

7.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung berichtet, dass eine Anfrage der Lebenshilfe Kreis Pinneberg vorliegt. Diese hat mitgeteilt, dass ihre Vertreterinnen und Vertreter zur Sitzung im Mai dienstlich verhindert sind und den vorgesehenen Bericht daher nicht vorstellen können.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Bericht der Lebenshilfe Kreis Pinneberg auf die Sitzung im Juni zu verschieben.

7.1.1 Haushaltskonsolidierung

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028

MV/2026/013

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.3 Öffentliche Anfragen

Die SPD-Fraktion stellt eine Anfrage zu den Auswirkungen des derzeit noch nicht beschlossenen Haushalts. Konkret wird gefragt, welche Folgen sich daraus für die Zuschüsse der Stadt Wedel an soziale Einrichtungen sowie für empfangene Fördermittel ergeben. Zusätzlich wird darum gebeten eine Übersicht über gefährdete Fördermittel zu erstellen.

Herr Waßmann erläutert, dass vertragliche Vereinbarungen über Zuschüsse grundsätzlich keinen Einschränkungen unterliegen. Die beantragten Zuschüsse können jedoch erst ausgezahlt werden, nachdem der Haushalt beschlossen und durch das Land Schleswig-Holstein freigegeben wurde. Die betreffenden Einrichtungen werden darüber zusätzlich schriftlich informiert.

Die im sozialen Bereich beantragten Fördermittel befinden sich derzeit noch in der Antragsbearbeitung. Es wird davon ausgegangen beziehungsweise gehofft, dass der Haushalt bis zur Entscheidung über diese Anträge beschlossen und genehmigt sein wird. Sofern der Haushalt bis zur nächsten Ausschusssitzung vom Rat nicht beschlossen wurde, wird die Liste der gefährdeten Förderanträge in dieser Sitzung vorgestellt.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Protokollführung:

Heidi Keck

Jens Saake

